



# Bald wieder mehr Sozialhilfefälle?

Gemeinden, Städte und Kantone befürchten steigende Zahlen, wenn bei der Arbeitslosenversicherung Leistungen gekürzt werden

Nun bläst Bundesrätin Doris Leuthard noch ein rauherer Wind entgegen. Als sie vor zwei Wochen entschlossen die Revision der Arbeitslosenversicherung (ALV) verteidigte, bestehend aus Erhöhung der Lohnbeiträge und Leistungskürzungen, stellten sich FDP und SVP bereits dagegen. Immerhin gewann die Bundesrätin die Arbeitgeber, indem sie geringere Erhöhungen und mehr Kürzungen einplante.

Letzteres indes lehnen nicht nur SP und Grüne ab, sondern auch jene, die von der Revision direkt betroffen sind: Städte, Gemeinden und Kantone. Die Städteinitiative, der Gemeindeverband sowie die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK) unterstützen nur die Beitrags erhöhungen.

## Fälle werden herumgeschoben

Besonders stört sie, dass für den Bezug von 400 Taggeldern die Leute neu 18 statt 12 Monate lang Beiträge zahlen sollen. Befürchtet wird eine Verlagerung der Arbeitslosen von der ALV zur Sozialhilfe, die fast ganz von Gemeinden und Städten finanziert wird. Ruedi

Meier, Präsident der Städteinitiative und Sozialdirektor der Stadt Luzern, sagt, da Arbeitsintegrationsprogramme nicht mehr als Beitragszeit anerkannt würden, hätten viele noch weniger Chancen, von der Sozialhilfe wegzukommen.

Auch die SODK-Präsidentin, die St. Galler Regierungsrätin Kathrin Hilber, sagt: Wenn es wegen Reformen weniger IV-Rentner oder ALV-Bezüger gebe, dann seien die nicht verschwunden, sondern tauchten als Sozialhilfebezüger wieder auf. Statistisch lässt sich diese Hypothese nicht belegen. Das Bundesamt für Sozialversicherungen untersucht derzeit den Effekt wissenschaftlich. Für Meier ist dennoch klar, dass die letzten Reformen bei IV und ALV zur Verschiebung beigetragen

hätten. Für Schwervermittelbare sei die Hürde grösser geworden, um Taggeld oder Rente zu bekommen. Seit Jahren beobachteten die Städte, «dass die restriktive Praxis» zur «Mehrbelastung der Sozialhilfe» führe.

## Gemeindeverband wehrt sich

## Immer länger abhängig

Die Zahl der Sozialhilfeabhängigen ist dank guter Konjunktur gesunken, aber immer noch höher als 2001. In grossen Städten brauchen immer mehr Leute aber über drei Jahre hinaus Sozialhilfe. Dies zeigt der Bericht, den die Städteinitiative

gestern vorlegte. Untersucht wurden Zürich, Basel, Bern, Winterthur, St. Gallen, Luzern, Schaffhausen und Uster. Im Mittel aller Städte wurden bereits 40 Prozent aller Bezüger länger als drei Jahre unter-

stützt. 2004 waren es 25 Prozent. Sorgen bereiten der Städteinitiative die 51- bis 65-jährigen. Seit 2004 sind immer mehr Angehörige dieser Altersgruppe von Sozialhilfe abhängig. Die wichtigsten Wege, um von der Sozialhilfe wegzukommen, sind gemäss Studie bezahlte Arbeit oder Leistungen von ALV, IV und AHV. (sda)

Meier und Hilber, beide zugleich Vertreter der Linken, erhalten in ihrer Analyse Sukkors vom Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann, Präsident des Gemeindeverbands. Sozialwerke würden zwar via nationale Reformen entlastet, die Kosten müssten aber die Gemeinden mit mehr Sozialhilfebezüger übernehmen. Er sei nicht grundsätzlich gegen die ALV-Revision. Doch die Fristverlängerung auf 18 Monate sei inakzeptabel. Arbeitslose Berufseinsteiger würden von Beginn an zur Sozialhilfe gedrängt.

## Neues Bundesgesetz gefordert

Mit dem Kampf gegen die ALV-Revision geben sich Kantone, Gemeinden und Städte aber nicht zufrieden. Sie verlangen eine Zentralisierung der Sozialhilfe. Laut Meier braucht der dreiteilige Sozialstaat vermehrt den Blick aufs Ganze. Dazu soll ein Bundesrahmengesetz geschaffen werden. IV und ALV seien zwei geschlossene Systeme, die zur Sozialhilfe nicht durchlässig seien, sagt Hilber. Mit einem Rahmengesetz gelte es einen Modus zu finden, um die Instrumente der Versicherungen, etwa Umschulungen, auch für die Sozialhilfe nutzen zu können. Germann meint, ein solches Gesetz könnte Eckpfeiler für die Arbeitsintegration setzen, die das Ziel aller drei Systeme sei.

Gleichzeitig müssten aber die Ansätze für Sozialhilfegelder neu überdacht werden. Diese würden zu wenig Anreize für die Arbeitssuche schaffen. Welche Chancen die Anliegen im Parlament haben, ist unklar. Für Hilber ist aber sicher, dass «das Ganze noch nicht gelaufen» ist. Und Germann sagt, das Parlament könne die Bedenken aus der Praxis nicht negieren.

*Marcello Odermatt, Bern*



**Immer öfter**

**Endstation:** In vielen Gemeinden und Städten steigt die Zahl der Menschen, die längere Zeit von der Sozialhilfe abhängig sind.

Bild: Reto Martin



**St. Galler Tagblatt Gesamtausgabe**

**09.07.2008**

Auflage/ Seite 103399 / 2

Ausgaben 300 / J.

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

Seite 3 / 3

9072

6516959

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

*Titel*

St. Galler Tagblatt, (Stadt & Region)

Toggenburger

Appenzeller Zeitung

Wiler Zeitung-Volksfreund

Der Rheintaler

Tagblatt (Thurgau)

*Auflage*

40'736

4'851

15'198

15'014

12'400

15'200